

Nr. V/1-642-1/2

Kreisverordnung

über die Reinhaltung des für die öffentliche Wasserversorgung der
Gemeinde Streitheim bestimmten Wassers im Landkreis Augsburg

Auf Grund des § 19 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes zur Ordnung des Wasser-
haushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG -) vom 27.7.1957 (BGBl. I S. 1110)
i. d. F. des Gesetzes vom 19.2.1959 (BGBl. I S. 37) i. V. m. Art. 35 Abs. 2
des Bayerischen Wassergesetzes (BayWG) vom 26.7.1962 (GVBl. S. 143) er-
läßt das Landratsamt Augsburg folgende mit Entschliesung der Regierung
von Schwaben vom Nr. für vollziehbar
erklärte

V e r o r d n u n g :

§ 1

Schutz zonen

Für die gemeindliche Wasserversorgung der Gemeinde Streitheim besteht
ein Schutzgebiet. Das Wasserschutzgebiet liegt östlich des Ortes Streitheim.
Es umfaßt folgende Grundstücksflächen:

1. Fassungsbereich:

Teilfläche des Grundstücks Fl. Nr. 323/3 Gemarkung Streitheim.

2. Engere Schutzzone:

Das Grundstück Fl. Nr. 324 Gemarkung Streitheim und Teilflächen der
Grundstücke Fl. Nr. 323/3, 313, 323, 323/4, 324/2, 329, 333/2, 333/4,
334, 335, 336, 336/2, 337, 337/2, 338/1 Gemarkung Streitheim.

3. Weitere Schutzzone:

Die Grundstücke Fl. Nr. 310, 311, 312, 314, 314/2, 314/3, 318, 325,
326, 327, 328, 330, 331, 331/2, 331/3, 331/4, 331/5, 333, 333/3, 337/3
Gemarkung Streitheim und Teilflächen der Grundstücke Fl. Nr. 59, 61,
309, 313, 317, 319, 320/5, 323, 323/4, 324/2, 329, 332, 333/2, 333/4,
334, 335, 336, 336/2, 337, 337/2, 337/4, 337/5, 337/6, 337/7, 338/1,
339/1, 340 Gemarkung Streitheim.

Die genaue Begrenzung des Fassungsgebietes, der engeren und der weiteren
Schutzzone ergibt sich aus dem Schutzgebietplan M - 1 : 5000, der während
der Amtsstunden in der Gemeindeganzlei Streitheim zur Einsicht aufliegt.

§ 2

Schutzmaßnahmen

Im Schutzgebiet ist verboten

1. im Fassungsbereich;

- a) das unbefugte Betreten durch Mensch oder Tier (unbefugt ist jedes Betreten, das nicht im Zusammenhang mit der Wartung der Wasserversorgungsanlage steht);
- b) der Bau von Straßen;
- c) jede sonstige Veränderung der Erdoberfläche, sofern es sich nicht um Schutzmaßnahmen gegen Verunreinigungen des Grundwassers handelt (wie z.B. beim Aufbringen einer geschlossenen Grasdecke);
- d) das Errichten oder Unterhalten betriebsfremder Anlagen;
- e) das Aufbringen von natürlichen oder künstlichen Düngemitteln oder von Schädlingsbekämpfungsmitteln;
- f) das Lagern von Gegenständen jeder Art, soweit es nicht im Zusammenhang mit der Wasserversorgung geschieht.

2. in der engeren Schutzzone;

- a) das Errichten von Hoch- oder Tiefbauten jeder Art;
- b) der Bau von Straßen;
- c) jedes Durchbrechen der natürlichen Bodenprofile, insbesondere das Anlegen von Kies-, Sand-, Ton- oder anderen Gruben;
- d) das Verregnen, Verriesseln oder Versickern von Jauche (Gülle) oder anderen Abwässern; das übliche (zwei- bis dreimal jährliche) Düngen mit natürlichen Düngemitteln fällt nicht unter dieses Verbot, wenn die Düngemittel nicht gelagert, sondern nach der Anfuhr sofort auf den Feldern verteilt werden und wenn keine Gefahr der oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsbereich besteht;
- e) die unsachgemäße Verwendung von Kunstdünger;
- f) das Lagern von Unrat, Schutt, Treibstoffen, natürlichen oder künstlichen Düngemitteln oder sonstigen das Grundwasser gefährdenden Stoffen; unter dieses Verbot fällt nicht die kurzfristige Ablage von natürlichen oder künstlichen Düngemitteln im Rahmen einer nach d) oder e) erlaubten Düngung;
- g) das Durchleiten von Flüssigkeiten (z.B. von Wasser), die nicht aus der engeren Schutzzone stammen, in offenen Gräben;
- h) das Waschen von Fahrzeugen;

- i) das Vergaben von Tierleichen, soweit es nicht schon nach dem Tierkörperbeseitigungsgesetz oder sonstigen Bestimmungen verboten ist;
 - j) der Gartenbaubetrieb;
 - k) das Errichten von Gärfuttermieten.
3. in der weiteren Schutzzone:
- a) das Errichten oder Unterhalten von Gewerbebetrieben mit Ausstoß schädlicher Abfälle oder Abwässer, wenn diese nicht mit Sicherheit aus dem Wasserschutzgebiet herausgeleitet werden;
 - b) das Errichten von Wohnbauten, wenn die Abwässer nicht in geschlossenen und dichten Leitungen aus dem Wasserschutzgebiet herausgeleitet werden;
 - c) das Errichten oder Unterhalten von Kläranlagen in anderen als den schon in a) und b) genannten Fällen;
 - d) die landwirtschaftliche Abwasserverwertung (im Gegensatz zum üblichen Düngen, das erlaubt ist);
 - e) das Entleeren von Fahrzeugen der Fäkalienabfuhr;
 - f) das Versickern von Abwässern in anderen als den schon von den Bestimmungen a) bis e) erfaßten Fällen;
 - g) größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherungen;
 - h) der Einbau von Behältern für Heizöl und Treibstoffe von mehr als 10 cbm Inhalt, und zwar auch dann, wenn sie mit den üblichen Vorkehrungen zum Schutz des Grundwassers versehen werden sollten;
 - i) die Anlage von Friedhöfen.

§ 3

Ausnahmegenehmigungen

Das Landratsamt Augsburg erteilt von den Verboten Ausnahmegenehmigungen, wenn dies im Einzelfall vorliegende besondere Verhältnisse rechtfertigen und wenn dadurch der Schutz der öffentlichen Wasserversorgung keine Beeinträchtigungen erleidet. Ausnahmegenehmigungen können mit Auflagen verbunden werden.

§ 4

Ordnungswidrigkeiten

1. Wer in dem in § 1 dieser Verordnung genannten Wasserschutzgebiet vorsätzlich oder fahrlässig eine Handlung vornimmt, die nach dieser Verordnung nicht zulässig ist, handelt nach § 41 Abs.1 Nr.2 des Wasserhaushaltsgesetzes ordnungswidrig.
2. Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 41 Abs.2 des Wasserhaushaltsgesetzes, wenn sie vorsätzlich begangen wird, mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark, wenn sie fahrlässig begangen wird, mit einer Geldbuße bis zu fünftausend Deutsche Mark geahndet werden.

§ 5

Inkrafttreten und Geltungsdauer

Diese Verordnung tritt eine Woche nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
Sie gilt 20 Jahre.

Augsburg, den .1.1.1984.

Landratsamt

I. V.



AMTSBLATT

DES LANDKREISES AUGSBURG

Herausgeber und Druck: Landratsamt Augsburg, Prinzregentenplatz 4, 8900 Augsburg, Tel. 31 02-1 · Postanschrift: Postf. 10 20 80, 8900 Augsburg
Erscheint in der Regel jede Woche

Sprechzeiten des Landratsamtes Augsburg: Montag mit Freitag von 8.00 – 12.00 Uhr · Zusätzlich Donnerstag von 14.00 – 17.00 Uhr

Nr. 20

Augsburg, 26.05.1983

INHALTSANGABE:

Verordnung über die Bekämpfung der Tollwut im Landkreis Augsburg

Vollzug der Wassergesetze;

Anderung von Wasserschutzgebietsverordnungen für öffentliche und private Wasserversorgungen im Landkreis Augsburg

Satzung des Zweckverbandes zur Vorbereitung der Errichtung einer zentralen Abfallbeseitigungsanlage für die Stadt Augsburg und die Landkreise Augsburg und Aichach-Friedberg

Vollzug des Fleischbeschaugesetzes;

Anderung im Einsatz der Fleischbeschautierärzte ab 1.6.1983

Verordnung über die Bekämpfung der Tollwut im Landkreis Augsburg

Aufgrund des § 9 Abs. 1 der Tollwut-Verordnung vom 11.3.1977 (BGBl I S. 444) in Verbindung mit Art. 1 des Gesetzes über den Vollzug des Tierseuchenrechts vom 8.4.1974 (GVBl S. 152) und § 2 Abs. 1 der Zweiten Verordnung zum Vollzug des Viehseuchenrechts vom 3.5.1977 (GVBl S. 255), zuletzt geändert durch die Dritte Verordnung vom 12.11.1980 (GVBl S. 694), erläßt das Landratsamt Augsburg folgende

V e r o r d n u n g

§ 1

Zum tollwutgefährdeten Bezirk wird erklärt:
das Gebiet des Gemeindeteiles Thierhaupten des Marktes Thierhaupten.

§ 2

Nach § 9 Abs. 4 der Tollwut-Verordnung gilt für den gefährdeten Bezirk folgendes:

1. Hunde sind für die Dauer der Geltung dieser Verordnung festzuliegen. Zulässig ist das Führen

eines nicht gegen Tollwut geimpften Hundes an der Leine, wenn er mit einem sicheren Maulkorb versehen ist, oder das Führen eines Hundes an der Leine ohne Maulkorb, sofern er nachweislich gegen Tollwut geimpft worden ist und aufgrund des Zeitpunktes der Impfung das Bestehen eines wirksamen Impfschutzes gegen die Seuche zu erwarten ist.

Nr. 1 gilt nicht für Hunde, die im Dienste der Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes, der Polizei, der Zollverwaltung, zur Führung von Blinden und im Rettungsdienst verwendet werden, für Hirtenhunde zur Begleitung der Herden sowie für Jagdhunde, sofern deren Verwendung gesetzlich vorgeschrieben ist.

2. Katzen darf man nicht frei umherlaufen lassen; innerhalb von geschlossenen Ortschaften und von Siedlungen gilt dies nicht, sofern die Katzen nachweislich seit mindestens vier Wochen und längstens einem Jahr gegen Tollwut geimpft worden sind.

3. Hunde und Katzen dürfen aus dem gefährdeten Bezirk verbracht werden, wenn sie nachweislich seit mindestens vier Wochen und längstens einem

Jahr gegen Tollwut geimpft worden sind oder nur bis zu vier Tagen entfernt werden; andere Hunde und Katzen dürfen nur mit Genehmigung des Landratsamtes Augsburg und nach tierärztlicher Untersuchung entfernt werden.

§ 3

Ordnungswidrig im Sinne des § 16 Nr. 7 der Tollwut-Verordnung in Verbindung mit § 76 Abs. 2 Nr. 2 des Tierseuchengesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig in einem gefährdeten Bezirk einer Schutzmaßregel bei Hunden oder Katzen nach § 9 Abs. 4 der Tollwut-Verordnung zuwiderhandelt.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Sie gilt bis zum 19.8.83.

Augsburg, 19.5.1983
Landratsamt Augsburg
I.V.
Karl Vogele, MdL
Stellvertr. d. Landrats

565

Vollzug der Wassergesetze;
Änderung von Wasserschutzgebietsverordnungen
für öffentliche und private Wasserversorgungen
im Landkreis Augsburg

Verordnung zur Änderung von Verordnungen über Wasserschutzgebiete im Landkreis Augsburg für öffentliche und private Wasserversorgungen vom 1.6.1983.

Das Landratsamt Augsburg erläßt aufgrund des § 19 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes - WHG - i.d.F. der Bekanntmachung vom 16.10.1976 (BGBl I S. 3017) i.V.m. Art. 35, 36 und 75 des Bayer. Wassergesetzes -BayWG- i.d.F. der Bekanntmachung vom 18.9.81 (GVBl S. 425) folgende Verordnung:

§ 1

Änderung der Verordnung

In der

1. Kreisverordnung über die Reinhaltung des für die öffentliche Wasserversorgung in Bobingen-

Siedlung bestimmten Wassers im Landkreis Schwabmünchen vom 24.1.1964 (Amtsblatt des Landkreises Schwabmünchen vom 1.2.1964 Nr. 5) i.d.F. der Änderungsverordnung vom 20.1.1976 (Amtsblatt des Landkreises Augsburg vom 29.1.1976 Nr. 4)

2. Kreisverordnung über die Reinhaltung des für die öffentlichen Wasserversorgungsanlagen der Gemeinde Siegertshofen bestimmten Wassers im Landkreis Schwabmünchen vom 30.6.1967 (Amtsblatt des Landkreises Schwabmünchen vom 8.7.67 Nr. 18) i.d.F. der Änderungsverordnung vom 20.1.1976 (Amtsblatt vom 29.1.1976 Nr. 4 des Landkreises Augsburg)

werden die §§ 2 bis 4

und in der

1. Kreisverordnung über die Reinhaltung des für die öffentliche Wasserversorgung der Stadt Schwabmünchen bestimmten Wassers im Landkreis Schwabmünchen vom 6.5.1966 (Amtsblatt des Landkreises Schwabmünchen vom 25.6.1966 Nr. 24) i.d.F. der Änderungsverordnung vom 22.1.1976 (Amtsblatt des Landkreises Augsburg vom 29.1.1976 Nr. 4)

2. Kreisverordnung über die Reinhaltung des für die öffentlichen Trinkwassergewinnungsanlagen der Bundeswehr auf den Grundstücken Fl.Nr. 1153 und 1155 der Gemarkung Kleinaitingen bestimmten Wassers im Landkreis Schwabmünchen vom 5.6.67 (Amtsblatt des Landkreises Schwabmünchen vom 10.6.1967 Nr. 15) i.d.F. der Änderungsverordnung vom 20.1.1976 (Amtsblatt des Landkreises Augsburg vom 29.1.1976 Nr. 4)

3. Kreisverordnung über die Reinhaltung des für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Döps-hofen bestimmten Wassers im Landkreis Augsburg vom 4.12.1967 (Amtsblatt des Landkreises Augsburg vom 14.12.1967 Nr. 50) i.d.F. der Änderungsverordnung vom 20.1.1976 (Amtsblatt des Landkreises Augsburg vom 29.1.1976 Nr. 4)

4. Kreisverordnung über die Reinhaltung des für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Kutzenhausen bestimmten Wassers im Landkreis Augsburg vom 22.4.1965 (Amtsblatt des Landkreises Augsburg vom 29.4.1965 Nr. 17)

5. Kreisverordnung über die Reinhaltung des für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Willishausen bestimmten Wassers im Landkreis Augsburg

- vom 2.6.1964 (Amtsblatt des Landkreises Augsburg vom 4.6.1964 Nr. 22)
6. Kreisverordnung über das Reinhalten des für die Wasserversorgungsanlage der Gemeinde Agawang bestimmten Wassers im Landkreis Augsburg vom 13.4.1967 (Amtsblatt des Landkreises Augsburg vom 27.4.1967 Nr. 17)
 7. Kreisverordnung über die Reinhaltung des für die öffentliche Wasserversorgungsanlage der Gemeinde Rommelsried bestimmten Wassers im Landkreis Augsburg vom 14.5.1968 (Amtsblatt des Landkreises Augsburg vom 22.5.1968 Nr. 21)
 8. Kreisverordnung über die Reinhaltung des für den Zweckverband Wasserversorgung der Gemeinde Horgau und Horgaugergreut bestimmten Wassers im Landkreis Augsburg vom 6.4.1966 (Amtsblatt des Landkreises Augsburg vom 14.4.1966 Nr. 15)
 9. Kreisverordnung über die Reinhaltung des für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Biburg bestimmten Wassers im Landkreis Augsburg vom 23.3.1966 (Amtsblatt des Landkreises Augsburg vom 31.3.1966 Nr. 13)
 10. Kreisverordnung über die Reinhaltung des für die öffentliche Wasserversorgung des Marktes Dinkelscherben bestimmten Wassers im Landkreis Augsburg vom 14.5.1968 (Amtsblatt des Landkreises Augsburg vom 22.5.1968 Nr. 21)
 11. Kreisverordnung über die Reinhaltung des für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Häder bestimmten Wassers im Landkreis Augsburg vom 8.6.1967 (Amtsblatt des Landkreises Augsburg vom 15.6.1967 Nr. 24)
 12. Kreisverordnung über die Reinhaltung des für die öffentliche Wasserversorgungsanlage der Gemeinde Gabelbachergreut bestimmten Wassers im Landkreis Augsburg vom 4.12.1963 (Amtsblatt des Landkreises Augsburg vom 12.12.1963 Nr. 49)
 13. Kreisverordnung über die Reinhaltung des für den Zweckverband zur Wasserversorgung der Katharinaberggruppe bestimmten Wassers im Landkreis Augsburg vom 28.6.1965 (Amtsblatt des Landkreises Augsburg vom 8.7.1965 Nr. 27)
 14. Kreisverordnung über die Reinhaltung des für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Streitheim bestimmten Wassers im Landkreis Augsburg vom 11.3.1964 (Amtsblatt des Landkreises Augsburg vom 19.3.1964 Nr. 11)
 15. Kreisverordnung über die Reinhaltung des für die öffentliche Wasserversorgung des Marktes Zusmarshausen bestimmten Wassers im Landkreis Augsburg vom 4.12.1967 (Amtsblatt des Landkreises Augsburg vom 14.12.1967 Nr. 50)
 16. Kreisverordnung über die Reinhaltung des für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Wollbach bestimmten Wassers im Landkreis Augsburg vom 10.4.1968 (Amtsblatt des Landkreises Augsburg vom 25.4.1968 Nr. 17)

werden die §§ 2 - 5

aufgehoben; gleichzeitig werden die in § 2 dieser Änderungsverordnung aufgeführten §§ 2 - 8 eingefügt.

§ 2

Neufassung der Verordnung

§ 2

Verbote oder nur beschränkt zulässige Handlungen

(1) Es sind

	im Fassungsbe- reich	in der engeren Schutzzone	in der weiteren Schutzzone
1	2	3	4
1. <u>Land- und forstwirtschaftliche Nutzungen, Gartenbau</u>			
1.1 natürliche (organische) Düngung, Nutzung	verboten	-	-
1.2 Lagerung organischer Dungstoffe, offene Lagerung von Mineraldünger, Überdüngung	v e r b o t e n		-
1.3 Massentierhaltung	v e r b o t e n		
1.4 Landwirtschaftliche Abwasserverwertung	v e r b o t e n		
1.5 Verwendung von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen, Pflanzenkrankheiten, Unkraut oder unerwünschtem Aufwuchs und Verwendung von Stoffen, die dazu bestimmt sind, die Lebensvorgänge von Pflanzen zu beeinflussen, ohne ihrer Ernährung zu dienen (Wachstumsregler)	verboten	Die Anwendungsverbote und -beschränkungen in der "Verordnung über Anwendungsverbote und -beschränkungen für Pflanzenbehandlungsmittel" vom 19.12.80 (BGBl I S. 2335) in der jeweils geltenden Fassung sind zu beachten; soweit dort die Anwendung nach Maßgabe der "Vorbemerkung" zulässig ist, ist die Kreisverwaltungsbehörde die zuständige Behörde und die weitere Schutzzone im Sinne der Wasserschutzgebietsverordnung wird als Zone III bezeichnet	
1.6 Dräne und Vorflutgräben zu errichten oder zu ändern	v e r b o t e n		-
1.7 Gartenbaubetriebe zu errichten	v e r b o t e n		-
2. <u>Sonstige Bodennutzungen</u>			
2.1 Veränderungen und Aufschlüsse der Erdoberfläche, selbst wenn Grundwasser nicht aufgedeckt wird, insbesondere Fischteiche, Kies-, Sand- und Tongruben, Steinbrüche, Torfstiche. Ausgenommen ist die übliche land- und forstwirtschaftliche Bodenbearbeitung	v e r b o t e n		

	im Fassungsbe- reich	in der engeren Schutzzone	in der weiteren Schutzzone
1	2	3	4
5. <u>Lagern, Ablagern, Abfüllen, Umschlagen, Einleiten, Durchleiten und Befördern wassergefährdender auch radioaktiver Stoffe</u>			
5.1 Abfall einschließlich Klärschlamm zu behandeln, zu lagern oder abzulagern		verboten	
5.2 wassergefährdende Stoffe im Sinne des § 19 g Abs. 5 WHG zu lagern, abzufüllen oder umzuschlagen	verboten		-
5.3 Kläranlagen zu errichten oder zu erweitern		verboten	
5.4 Sickerschächte zu errichten oder zu erweitern		verboten	
5.5 Jauchegruben, Behälter für Flüssigmist, Dungstätten, Gärfutterbehälter zu errichten oder zu erweitern	verboten		-
5.6 Feldsilage mit Gärstaftanfall zu betreiben		verboten	
5.7 Trockenaborte zu errichten		verboten	
5.8 Abwasser durchzuleiten	verboten		-
5.9 Leitungen für wassergefährdende Stoffe im Sinne des § 19 a Abs. 2 WHG zu errichten u. zu betreiben		verboten	
5.10 Abwasser einschließlich Kühlwasser zu versenken oder zu versickern		verboten	
5.11 von Straßen- oder Verkehrsflächen abfließendes Wasser zu versenken oder zu versickern		verboten	(vgl. Fußnote zum Einleitungssatz dieses Verordnungsmusters)
4. <u>Bergbau, Straßenbau, Plätze mit besonderer Zweckbestimmung</u>			
4.1 Bergbau	verboten	verboten, wenn durch ihn gute Deckschichten zerrissen oder durch ihn Einmündungen oder offene Wasseransammlungen herbeigeführt werden	
4.2 Bohrungen durchzuführen		verboten	

	im Fassungsbe- reich	in der engeren Schutzzone	in der weiteren Schutzzone
1	2	3	4
4.3 Straßen, Wege, Plätze sowie Park- plätze zu errichten oder zu er- weitern	verboten	verboten, ausge- nommen öffentl. Feld- u. Waldwege, beschränkt öffent- liche Wege und Eigentümerwege	-
4.4 zum Straßen-, Wege- und Wasserbau wassergefährdende auslaug- u. aus- waschbare Materialien (z.B. Teer, Schlacke u.a.) zu verwenden	v e r b o t e n		
4.5 Wagenwaschen und Ölwechsel	v e r b o t e n		-
4.6zelt- u. Badeplätze einzurichten, Abstellen von Wohnwagen			
4.7 Sportanlagen zu errichten oder zu erweitern			
4.8 Flugplätze einschließlich Sicher- heitsflächen und Anflugsektoren, Notabwurfplätze, militärische An- lagen u. Übungsplätze zu errichten oder zu erweitern und Manöver durchzuführen	v e r b o t e n		
4.9 Friedhöfe zu errichten oder zu er- weitern	v e r b o t e n		
4.10 Baustelleneinrichtungen, Baustoff- lager zu errichten oder zu erweitern	v e r b o t e n		-
5. <u>Bauliche Nutzungen, Industrie</u>			
5.1 Betriebe u. Anlagen, in denen was- sergefährdende Stoffe im Sinne des § 19 g Abs. 5 WHG hergestellt, ver- arbeitet, umgesetzt oder gelagert werden, zu errichten oder zu er- weitern (siehe Anlage 1)	v e r b o t e n		
5.2 Sonstige bauliche Anlagen zu er- richten oder zu erweitern	v e r b o t e n		verboten, sofern nicht an eine Sammel- entwässerung ange- schlossen wird
5.3 Anlagen zur Bearbeitung oder Ge- winnung radioaktiven Materials und von Kernenergie zu errichten oder zu erweitern	v e r b o t e n		
6. <u>Betreten</u>	verboten, außer durch Befugte		-

2) Die Verbote des Abs. 1 Ziff. 4.2 und 5.2 gelten nicht für Maßnahmen des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, dessen Anlage durch diese Verordnung geschützt ist, wenn diese der öffentlichen Wasserversorgung dienen.

3) Weitergehende Verbote oder Beschränkungen nach der Lagerverordnung in der jeweils geltenden Fassung bleiben unberührt.

§ 3

Ausnahmen

- 1) Das Landratsamt Augsburg kann von den Verboten des § 3 Ausnahmen zulassen, wenn
 1. das Wohl der Allgemeinheit die Ausnahmen erfordert oder
 2. das Verbot im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führen würde und das Gemeinwohl der Ausnahme nicht entgegensteht.
- 2) Die Ausnahme ist widerruflich; sie kann mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden und bedarf der Schriftform.
- 3) Im Falle des Widerrufs kann das Landratsamt Augsburg vom Grundstückseigentümer verlangen, daß der frühere Zustand wiederhergestellt wird, sofern es das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere der Schutz der Wasserversorgung erfordert.

§ 4

Beseitigung und Änderung bestehender Einrichtungen

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken haben die Beseitigung oder Änderung von Einrichtungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bestehen und deren Bestand, Errichtung, Erweiterung oder Betrieb unter die Verbote des § 3 fallen, auf Anordnung des Landratsamtes Augsburg zu dulden, sofern sie nicht schon nach anderen Vorschriften verpflichtet sind, die Einrichtung zu beseitigen oder zu ändern.

§ 5

Duldungspflicht

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben zu dulden, daß die Grenzen des Fassungsgebietes und

der Schutzzonen durch Aufstellen oder Anbringen von Hinweiszeichen kenntlich gemacht werden.

§ 6

Entschädigung

Soweit diese Verordnung oder eine aufgrund dieser Verordnung ergehende Anordnung eine Enteignung darstellt, ist hierfür nach den §§ 19 Abs. 3, 20 WHG und Art. 74 BayWG Entschädigung zu leisten.

§ 7

Ordnungswidrigkeiten

Nach § 41 Abs. 1 Nr. 2 Abs. 2 WHG kann mit Geldbuße bis zu hunderttausend Deutsche Mark belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einem Verbote nach § 3 Abs. 1 und 2 zuwiderhandelt,
2. eine nach § 4 ausnahmsweise zugelassene Handlung vornimmt, ohne die mit der Ausnahme verbundenen Bedingungen und Auflagen zu befolgen.

§ 8

Inkrafttreten

- 1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Augsburg in Kraft.

Augsburg, 24. 5. 1983

Landratsamt Augsburg

gez. Karl Vogele, MdL

Stellvertreter des Landrats

642

Anlage 1

Betriebe mit wassergefährdendem Abwasser
(zu Abs. 1 Nr. 5.1)

Akkumulatorenfabriken
Ammoniakfabriken
Atomkraftwerke
Beizereien u. a. Betriebe, die Ätzflüssigkeiten verwenden
Bleichereien
Chemische Fabriken
Erdölraffinerien, Großtanklager
Färbereien
Faserplattenwerke
Fotochemische Fabriken
Gaswerke, Kokereien, Gasgeneratoren
Gerbereien
Gummifabriken
Holz imprägnierwerke
Hydrierwerke
Isotopenbetriebe
Kaliwerke, Salinen
Kunststoff-Fabriken
Lederfabriken, Lederfärbereien
Mineralfarbenfabriken
Mineralölwerke
Schwefelsäurefabriken
Schwelereien
Sodafabriken
Sprengstoff-Fabriken
Teerfarbenfabriken
Textilfabriken (außer Trockenbetriebe), auch Fabriken
für synthetische Textilfasern
Verzinkereien
Waschmittelfabriken
Wäschereien
Weißblechwerke
Zellulose-Fabriken
Zuckerfabriken
und Betriebe, die eine der genannten Fertigungen als Neben-
betrieb enthalten

AMTSBLATT

DES LANDKREISES AUGSBURG

Herausgeber und Druck: Landratsamt Augsburg, Prinzregentenplatz 4, 8900 Augsburg, Tel.3102-1 · Postanschrift: Postf. 10 20 80, 8900 Augsburg 1
Erscheint in der Regel jede Woche

Sprechzeiten des Landratsamtes Augsburg: Montag mit Freitag von 8.00 – 12.00 Uhr · Zusätzlich Donnerstag von 14.00 – 17.00 Uhr

Nr. 22

Augsburg, 09.06.1983

INHALTSANGABE:

Militärische Truppenübungen

Vollzug der Wassergesetze;

Anderung von Wasserschutzgebietsverordnungen für öffentliche und private Wasserversorgungen im Landkreis Augsburg

Jahresabschluß der Kreissparkasse Augsburg zum 31.12.1982

Militärische Truppenübungen

Einheiten der Bundeswehr führen in der Zeit vom 6. bis 15. Juni 1983 eine Versorgungsübung durch, von der u.a. Teile des Landkreises Augsburg betroffen werden.

Etwaige Einwendungen gegen die Übungen sind dem Landratsamt Augsburg sofort mitzuteilen.

Die Truppe ist bemüht, Schäden an privatem und öffentlichem Eigentum zu vermeiden. Ersatzansprüche für etwaige Schäden sind bei der

Standortverwaltung Lechfeld
8932 Lagerlechfeld, Fliegerhorst

zu melden.

Zur Anmeldung von Entschädigungsansprüchen sind die von der Standortverwaltung Lechfeld herausgegebenen Vordrucke zu verwenden. Die Vordrucke können beim Landratsamt direkt bezogen werden. Die Angaben des Antragstellers sind vor der Übersendung des Antrages an die Standortverwaltung Lechfeld von der zuständigen Gemeinde zu bestätigen.

Die Bevölkerung wird gebeten, sich von den Einrichtungen der übenden Truppe fernzuhalten. Auf die Gefahren, die von liegengelassenen militärischen Sprengmitteln ausgehen, und auf die einschlägigen Strafver-

schriften wird hingewiesen.

Augsburg, 27.5.1983

083

Vollzug der Wassergesetze;

Anderung von Wasserschutzgebietsverordnungen für öffentliche und private Wasserversorgungen im Landkreis Augsburg

Das Landratsamt Augsburg hat am 24.5.1983 eine Verordnung zur Änderung von 16 Wasserschutzgebietsverordnungen und mit gleichem Datum eine weitere Verordnung zur Änderung von 25 Wasserschutzgebietsverordnungen erlassen.

Diese Verordnungen wurden im Amtsblatt für den Landkreis Augsburg vom 26.5.1983 Nr. 20 auf den Seiten 85 bis 91 und 92 bis 97 öffentlich bekanntgemacht.

Bei der Fertigung der Änderungsverordnung sind folgende redaktionelle Versehen unterlaufen:

1. In der ersten Änderungsverordnung vom 24.5.1983 muß es

1.1 in § 3 Abs. 1 (2. Zeile) statt "§ 3" richtig
"§ 2" lauten (Amtsblatt Seite 90);

1.2 in § 4 (Zeile 6) statt "§ 3" richtig "§ 2" lauten (Amtsblatt Seite 90);

1.3 in § 7 Nr. 1 (Zeile 4) statt "§ 3 Abs. 1 und 2" richtig "§ 2 Abs. 1 und 2" lauten (Amtsblatt Seite 90);

1.4 in § 7 Nr. 2 (Zeile 6) statt "§ 4" richtig "§ 3" lauten.

2. In der zweiten Änderungsverordnung vom 24.5.1983 muß es in "§ 2 Neufassung" anschließend statt "§ 2 verbotene oder nur beschränkt zulässige Handlungen" richtig "§ 3 ..." (Amtsblatt Seite 94) lauten.

Um Beachtung und Berichtigung der vorstehend aufgeführten Änderung darf gebeten werden.

Augsburg, 31.5.1983

Jahresabschluß der Kreissparkasse Augsburg zum 31.12.1982

Gemäß § 28 (3) SpkO in Verbindung mit § 10 (2) der Satzung wird darauf hingewiesen, daß der Jahresabschluß der Kreissparkasse Augsburg zum 31.12.1982 mit dem dazugehörigen Geschäftsbericht im Kassenraum der Kreissparkasse Augsburg, Martin-Luther-Platz 5, zur öffentlichen Einsicht aufgelegt ist.

Augsburg, 25.5.1983

831

I. V.

Karl Vogele, MdL
Stellvertr. des Landrats



Herausgeber und Druck: Landratsamt Augsburg, Prinzregentenplatz 4, 86150 Augsburg Tel. 31 02 - 0
Postanschrift: Landratsamt Augsburg, 86136 Augsburg; Erscheint in der Regel jede Woche
Allgemeine Sprechzeiten des Landratsamtes Augsburg; Montag bis Freitag 7.30 - 12.30 Uhr; Donnerstag von 14.00 - 17.30 Uhr

Augsburg, 23.04.2015

- Inhalt**
- **Bekanntmachung über die Erteilung einer Baugenehmigung**
 - **Allgemeinverfügung über die Ermächtigung von Tierärzten/Tierärztinnen im Landkreis Augsburg**
 - **8. Sitzung des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation**
 - **Kreissparkasse Augsburg; Verlust von Sparkassenbüchern**
 - **Vollzug der Wassergesetze (Wasserhaushaltsgesetz –WHG, Bayerisches Wassergesetz –BayWG);**
 - **Vollzug der Wassergesetze (Wasserhaushaltsgesetz –WHG, Bayerisches Wassergesetz –BayWG);**
 - **Vollzug der Wassergesetze (Wasserhaushaltsgesetz –WHG, Bayerisches Wassergesetz –BayWG);**
 - **Vollzug der Wassergesetze (Wasserhaushaltsgesetz –WHG, Bayerisches Wassergesetz –BayWG);**
 - **Vollzug der Wassergesetze (Wasserhaushaltsgesetz –WHG, Bayerisches Wassergesetz –BayWG);**
 - **Vollzug der Wassergesetze (Wasserhaushaltsgesetz –WHG, Bayerisches Wassergesetz –BayWG);**
 - **Vollzug der Wassergesetze (Wasserhaushaltsgesetz –WHG, Bayerisches Wassergesetz –BayWG);**
 - **Vollzug der Wassergesetze (Wasserhaushaltsgesetz –WHG, Bayerisches Wassergesetz –BayWG);**
 - **Vollzug der Wassergesetze (Wasserhaushaltsgesetz –WHG, Bayerisches Wassergesetz –BayWG);**
 - **Vollzug der Wassergesetze (Wasserhaushaltsgesetz –WHG, Bayerisches Wassergesetz –BayWG);**
 - **Vollzug der Wassergesetze (Wasserhaushaltsgesetz –WHG, Bayerisches Wassergesetz –BayWG);**
 - **Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Schulverbandes Ustersbach Landkreis Augsburg, für das Haushaltsjahr 2015**
 - **Kreissparkasse Augsburg; Kraftloserklärung von Sparkassenbüchern**

Bekanntmachung über die Erteilung einer Baugenehmigung an

Firma
VIB Vermögen
Luitpoldstr. C 20
86633 Neuburg / Donau

Das Landratsamt Augsburg, Untere Bauaufsichtsbehörde, hat mit Bescheid vom **14.04.2015 Az.Nr. 2-1410-2014-BA** folgende Baugenehmigung erlassen:

Die Baugenehmigung zur Einbau Cafe und Bäckereifiliale in Bekleidungsladen, Errichtung saisonale Außengastronomie auf dem Grundstück Fl.Nr. 1046/1 der Gemarkung Gersthofen entsprechend den mit dem Genehmigungsvermerk vom 14.04.2015 versehenen Bauvorlagen wird erteilt.

Von den Festsetzungen des Bebauungsplanes 21 der Stadt Gersthofen wird folgende Befreiung erteilt:

Die Außengastronomie darf außerhalb der Baugrenze in der Fläche für ruhenden Verkehr errichtet und saisonal betrieben werden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe** Klage

bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in Augsburg,
Postfachanschrift: Postfach 11 23 43,
86048 Augsburg,
Hausanschrift: Kornhausgasse 4,
86152 Augsburg,

schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. **Die**

Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde das Widerspruchsverfahren im Bereich des Bauordnungsrechts abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.

Die Anfechtungsklage eines Dritten gegen die bauaufsichtliche Zulassung eines Vorhabens, hat keine aufschiebende Wirkung (§ 212 a BauGB -Baugesetzbuch-).

Beim Landratsamt Augsburg kann jedoch nach § 80 Abs. 4 VwGO (Verwaltungsgerichtsordnung) die Aussetzung der sofortigen Vollziehung der Baugenehmigung oder beim Verwaltungsgericht Augsburg die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Abs. 5 VwGO beantragt werden.

Die Klageerhebung in elektronischer Form (z.B. durch E-Mail) ist unzulässig.

Kraft Bundesrechts ist bei Rechtsschutzanträgen zum Verwaltungsgericht seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

Hinweis zur Bekanntmachung

Es wird darauf hingewiesen, dass mit dieser Bekanntmachung die Zustellung des obengenannten Baugenehmigungsbescheides an die betroffenen Nachbarn i. S. von Art. 66 Abs. 1 S. 6 BayBO ersetzt wird; die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntmachung als bewirkt (Art. 66 Abs. 2 S. 6 BayBO).

Die Akten des Baugenehmigungsverfahrens können zu den üblichen Geschäftszeiten beim Landratsamt Augsburg, Prinzregentenplatz 4, 86150 Augsburg, eingesehen werden.

Augsburg, 14.04.2015

Allgemeinverfügung über die Ermächtigung von Tierärzten/Tierärztinnen im Landkreis Augsburg

nach der Verordnung (EU) Nr. 576/2013 und der Richtlinie 92/65/EWG

1. Um die Voraussetzungen für das gemeinschaftliche Verbringen von Heimtieren im Sinne des Artikels 3 Buchstabe b) der Verordnung (EU) Nr. 576/2013 vom 12. Juni

2013 (ABl. EG Nr. L 178, S. 1) zu anderen als Handelszwecken (Reiseverkehr) sowie für den Handel von Hunden, Katzen und Frettchen zu schaffen, werden die im Landkreis Augsburg niedergelassenen Tierärzte vorbehaltlich der in Nummer 2 geregelten Voraussetzung ermächtigt,

- a) Heimtieraussweise im Sinn des Artikels 3 Buchstabe f) nach Artikel 22 Absatz 1 und Absatz 2 Satz 1 der Verordnung (EU) Nr. 576/2013 entsprechend den Mustervorgaben des Anhangs III der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 577/2013 vom 28. Juni 2013 (ABl. EG Nr. L 178, S. 109) auszustellen und die dazu erforderlichen Tätigkeiten durchzuführen sowie Eintragungen in Heimtieraussweisen nach den Mustervorgaben der Entscheidung 2003/803/EG vorzunehmen, sofern diese vor dem 29.12.2014 ausgestellt wurden,
- b) Blutproben für die Titrierung von Tollwutantikörpern nach Artikel 10 Abs. 1 Buchstabe c) der Verordnung (EU) Nr. 576/2013 zu entnehmen und das entsprechende Laborergebnis in den Heimtieraussweis nach Artikel 27 Buchstabe b), Buchstabe ii) zu übertragen,
- c) Klinische Untersuchungen nach Artikel 10 der Richtlinie 92/65/EWG vom 13. Juli 1992 (ABl. EG Nr. L 268, S. 54) i. d. F. der Richtlinie 2013/31/EU durchzuführen.

2. Diese Ermächtigung wird unter der Voraussetzung erteilt, dass der Tierarzt an dem bundesweiten Erfassungssystem HI-Tier-Datenbank (Datenbank des Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere) teilnimmt. Die Ermächtigung wird rechtswirksam, sobald das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Stadtbergen, Bismarckstr. 62, 86391 Stadtbergen auf Antrag dem Tierarzt eine Registriernummer sowie die persönliche Identifizierungsnummer (PIN) erteilt hat und damit die Berechtigung zum Zugang auf die entsprechenden Module im HI-Tier-System vorliegt.
3. Sofern ein Tierarzt im Einzelfall nicht das elektronische Verfahren der HI-Tier-Datenbank zu Bestellung der Heimtieraussweise nutzt, hat er seine Bestellung der Blanko-Heimtieraussweise gebührenpflichtig über eine hierzu beauftragte Stelle (Dienstleister) unter Angabe seiner Registriernummer HI-Tier, der für die Bestellung ausgewählten autorisierten drucklegenden Firma und unter Angabe der benötigten Anzahl der Blanko-Heimtieraussweise mittels Bestellformular abzuwickeln. Die erforderliche Eingabe der Daten in die HI-Tier-Datenbank erfolgt in diesem Fall nach Prüfung der Voraussetzung durch den Dienstleister.
4. Diese Ermächtigung gilt auch für die in der Praxis des niedergelassenen Tierarztes angestellten Tierärzte.
5. Im Rahmen der vorliegenden Ermächtigung dürfen die Tierärzte nur Heimtieraussweise von Impfstoffherstellern oder Druckereien verwenden, die in der HI-Tier-Datenbank hinterlegt und damit von der zuständigen Behörde autorisiert sind.

6. Die Aufbewahrungspflicht für die vom ermächtigten Tierarzt im Rahmen der Erstaussstellung eines Heimtierausweises zu dokumentierenden Angaben beträgt drei Jahre.

7. Der ermächtigte Tierarzt hat die ihm von den drucklegenden Firmen in der HI-Tier-Datenbank zugewiesenen Blanko-Heimtierausweise innerhalb von 14 Tagen nach der Abgabe an den Tierhalter entsprechend als „ausgegeben“ kenntlich zu machen.

Alternativ kann der ermächtigte Tierarzt die Ausweisnummer des ausgegebenen Heimtierausweises dem Dienstleister innerhalb von 14 Tagen nach Erstaussstellung unter Angabe seiner HI-Tier-Registriernummer melden. Die Kenntlichmachung der erstausgegebenen Heimtierausweise in der HI-Tier-Datenbank durch den Dienstleister ist gebührenpflichtig.

8. Diese Ermächtigung kann bei einem erheblichen Verstoß oder wiederholten Verstößen eines Tierarztes gegen tiergesundheitsrechtliche Bestimmungen oder Bestimmungen dieser Verfügung allgemein oder im Einzelfall widerrufen werden.

9. Die Ermächtigung erlischt bei Verlegung der Praxis außerhalb des Landkreises Augsburg oder Auflösung der Praxis.

10. Diese Ermächtigung ist bis zum 31.12.2020 befristet.

11. Diese Allgemeinverfügung gilt am Tage nach der Bekanntgabe im Amtsblatt des Landkreises Augsburg als bekannt gegeben.

12. Diese Allgemeinverfügung und deren Begründung kann beim Landratsamt Augsburg, Prinzregentenplatz 4, 86150

Augsburg während der allgemeinen Öffnungszeiten eingesehen werden.

Gründe:

I.

Die unmittelbar geltende Verordnung (EU) Nr. 576/2013 ersetzt ab 29. Dezember 2014 die Verordnung (EG) Nr. 998/2003 vom 26. Mai 2003 (ABI EU Nr. L 146, S. 1). Damit gelten für die Ausstellungen von Heimtierausweisen und für die Probenahme zur Titrierung von Tollwutantikörpern neue rechtliche Voraussetzungen. Zugleich lief die bislang geltende Allgemeinverfügung mit Wirkung zum 30.09.2014 aus.

Die im Rahmen der Praxisausübung durchgeführten Tollwutimpfungen machen es erforderlich, den Heimtierausweis als Nachfolger des sogenannten internationalen Impfpasses weiterhin durch praktizierende Tierärzte bzw. durch die von ihnen angestellten Tierärzte ausstellen zu lassen.

II.

Das Landratsamt Augsburg für den Erlass dieser Allgemeinverfügung nach § 24 Abs. 1 Tiergesundheitsgesetz in Verbindung mit § 1 Abs. 1 der Verordnung zum Vollzug des Tierseuchenrechts sachlich und nach Art. 3 Abs. 1 Nr. 2 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz (BayVwVfG) örtlich zuständig.

Zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften (vergl. Art. 23 der VO (EU) Nr. 576/2013 in Verbindung mit Artikel 21 Absatz 3) wird die Ermächtigung im überwiegenden öffentlichen Interesse mit Nebenbestimmungen versehen (§ 36 BayVwVfG).

a) Die geforderte Dokumentation über den Vertriebsweg der Blanko-Heimtierausweise in der HI-Tier-Datenbank ergibt sich aus Artikel 23 der Verordnung (EU) Nr. 576/2013 und dient der bundesweiten und zeitnahen Nachvollziehbarkeit über den Bezug und den Verbleib der Heimtierausweise und damit zur Überwachung der Einhaltung der Vorschriften. Daher ist ergänzend auch nur die Verwendung von

Heimtierausweisen gestattet, welche über bestimmte Firmen bezogen werden können. Beide Vorgaben dienen zur Umsetzung der Forderung des Artikel 23 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 576/2013, wonach die zuständige Behörde zu gewährleisten hat, dass Blankoausweise nur an ermächtigte Tierärzte ausgegeben werden und deren Kontaktdaten mit den jeweiligen Passnummern der bezogenen Blanko-Heimtierausweise erfasst werden. Die zentrale Erfassung ist auch erforderlich, um dem Aspekt der Fälschungssicherheit Rechnung zu tragen. Die Ermächtigung kann daher nur ab dem Zeitpunkt wirksam werden, ab dem der Tierarzt alle Voraussetzungen einschließlich der Registrierung und der Zugangsberechtigung zur HI-Tier-Datenbank erfüllt.

Der hierzu erforderliche Aufwand ist zumutbar und das Verfahren zur Dokumentation in einer HI-Tier-Datenbank mit den Vorgaben anderer Rechtsbereiche vergleichbar.

Durch die beschränkten Zugangs- und Leserechte in der HI-Tier-Datenbank (Registriernummernvergabe, PIN-Nummer) werden datenschutzrechtliche Belange gewährleistet.

Für den Tierarzt, der aus persönlichen Gründen im Einzelfall von dem elektronischen Erfassungssystem in der HI-Tier-Datenbank keinen Gebrauch machen will, wird die Möglichkeit einer Bestellung der Blanko-Heimtierausweise sowie die Kenntlichmachung der ausgegebenen Heimtierausweise durch einen schriftlichen Antrag über den LKV eingeräumt, welcher die entsprechende Dateneingabe in der HI-Tier-Datenbank vornimmt.

b) Für die Aufbewahrungspflicht der in Artikel 22 Absatz 3 der VO (EU) Nr. 576/2013 genannten Angaben wird ein Zeitraum von 3 Jahren in Anlehnung an die maximalen Intervalle für die Wieder-

holungsimpfungen gegen die Tollwut für ausreichend angesehen. Der Heimtierausweis dient der Identifizierung und der Kontrolle des Gesundheitsstatus des Tieres.

- c) Der Widerrufsvorbehalt ist notwendig, um die Ermächtigung im Einzelfall bei tiergesundheitsrechtlichen Verstößen des Tierarztes oder bei Verstößen gegen Bestimmungen dieser Verfügung zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Zustände widerrufen zu können.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht in
Augsburg
Kornhausgasse 4
86152 Augsburg,

schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22. Juni 2007 (GVBl S. 390) wurde das Widerspruchsverfahren abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen. Die Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.

Kraft Bundesrechts ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 1. Juli 2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

Augsburg, 14.04.2015

8. Sitzung des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation

Die nächste Sitzung findet statt am

**Montag, 27.04.2015 um 09:00 Uhr
im Landratsamt Augsburg,
Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- 1 Präsentation des neuen Katastrophenschutzraumes mit Aufgabenbeschreibung des Katastrophenschutzes
- 2 Berichterstattung
Stand Entwicklung erweiterte Telefonie
- 3 Verschiedenes
- 4 Wünsche und Anfragen

Augsburg, 16.04.2015

Kreissparkasse Augsburg; Verlust von Sparkassenbüchern

In den Räumen der Kreissparkasse Augsburg, Martin-Luther-Platz 5, 86150 Augsburg, sind die Aufgebote der

**Sparkassenbücher Nr. 3218128332,
Nr. 3501055010 und Nr. 316271057**

veröffentlicht.

Der Inhaber der Sparkassenbücher wird aufgefordert, seine Rechte unter Vorlage der Sparkassenbücher binnen 3 Monaten anzumelden.

Nach ergebnislosem Ablauf dieser Frist werden die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt.

Augsburg, 16.04.2015

Vollzug der Wassergesetze (Wasserhaushaltsgesetz – WHG, Bayerisches Wassergesetz – BayWG)

Verordnung zur Änderung der Verordnung des Landratsamtes Augsburg zur Sicherung der Wasserversorgung des Gutes Schwaighof in der Gemeinde Allmannshofen vom **16.04.2015**

Das Landratsamt Augsburg erlässt auf Grund des § 51 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 und § 52 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Art. 2 G v. 15.11.2014 BGBl. I S. 3154 i. V. m. Art. 31 Abs. 2 und Art. 63 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 25.02.2010 (GVBl. S. 66, ber. S. 130, BayRS 753-1-UG), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 363 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286) folgende **Verordnung**

Siehe Anlage 1

Augsburg, 16.04.2015

Vollzug der Wassergesetze (Wasserhaushaltsgesetz – WHG, Bayerisches Wassergesetz – BayWG)

Verordnung zur Änderung der Verordnung des Landratsamtes Augsburg zur Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung der Gemeinde Aystetten vom **16.04.2015**

Das Landratsamt Augsburg erlässt auf Grund des § 51 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 und § 52 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Art. 2 G v. 15.11.2014 BGBl. I S. 3154 i. V. m. Art. 31 Abs. 2 und Art. 63 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 25.02.2010 (GVBl. S. 66, ber. S. 130, BayRS 753-1-UG), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 363 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286) folgende **Verordnung**

Siehe Anlage 2

Augsburg, 16.04.2015

Vollzug der Wassergesetze (Wasserhaushaltsgesetz –

WHG, Bayerisches Wassergesetz –BayWG)

Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Großaitingen vom **16.04.2015**

Das Landratsamt Augsburg erlässt auf Grund des § 51 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 und § 52 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 08.04.2013 (BGBl. I S. 734) i. V. m. Art. 31 Abs. 2 und Art. 63 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 25.02.2010 (GVBl. S. 66), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 41 des Gesetzes vom 08.04.2013 (GVBl. S.174) folgende **Verordnung**

Siehe Anlage 3

Augsburg, 16.04.2015

Vollzug der Wassergesetze (Wasserhaushaltsgesetz – WHG, Bayerisches Wassergesetz –BayWG)

Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Festsetzung des Wasserschutzgebietes zur Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung für die Gemeinde Heretsried vom **16.04.2015**

Das Landratsamt Augsburg erlässt auf Grund des § 51 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 und § 52 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Art. 2 G v. 15.11.2014 BGBl. I S. 3154 i. V. m. Art. 31 Abs. 2 und Art. 63 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 25.02.2010 (GVBl. S. 66, ber. S. 130, BayRS 753-1-UG), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 363 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286) folgende **Verordnung**

Siehe Anlage 4

Augsburg, 16.04.2015

Vollzug der Wassergesetze (Wasserhaushaltsgesetz – WHG, Bayerisches Wassergesetz –BayWG);

Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Reinhaltung des für die öffentliche Wasserversorgung der Stadt Schwabmünchen bestimmten Wassers vom **16.04.2015**

Das Landratsamt Augsburg erlässt auf Grund des § 51 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 und § 52 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Art. 2 G v. 15.11.2014 BGBl. I S. 3154 i. V. m. Art. 31 Abs. 2 und Art. 63 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 25.02.2010 (GVBl. S. 66, ber. S. 130, BayRS 753-1-UG), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 363 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286) folgende **Verordnung**

Siehe Anlage 5

Augsburg, 16.04.2015

Vollzug der Wassergesetze (Wasserhaushaltsgesetz – WHG, Bayerisches Wassergesetz –BayWG)

Verordnung zur Änderung der Verordnung des Landratsamtes Augsburg zur Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung der Thierhauptener Gruppe vom **16.04.2015**

Das Landratsamt Augsburg erlässt auf Grund des § 51 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 und § 52 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Art. 2 G v. 15.11.2014 BGBl. I S. 3154 i. V. m. Art. 31 Abs. 2 und Art. 63 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 25.02.2010 (GVBl. S. 66, ber. S. 130, BayRS 753-1-UG), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 363 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286) folgende **Verordnung**

Siehe Anlage 6

Augsburg, 16.04.2015

Vollzug der Wassergesetze (Wasserhaushaltsgesetz – WHG, Bayerisches Wassergesetz –BayWG)

Verordnung zur Änderung der Verordnung des Landratsamtes Augsburg über das Wasserschutzgebiet des Marktes Welden für die Wasserversorgung des Ortsteils Reutern vom **16.04.2015**

Das Landratsamt Augsburg erlässt auf Grund des § 51 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 und § 52 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Art. 2 G v. 15.11.2014 BGBl. I S. 3154 i. V. m. Art. 31 Abs. 2 und Art. 63 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 25.02.2010 (GVBl. S. 66, ber. S. 130, BayRS 753-1-UG), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 363 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286) folgende **Verordnung**

Siehe Anlage 7

Augsburg, 16.04.2015

Vollzug der Wassergesetze (Wasserhaushaltsgesetz – WHG, Bayerisches Wassergesetz –BayWG);

Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung des Ortsteils Gabelbach des Marktes Zusmarshausen vom **16.04.2015**

Das Landratsamt Augsburg erlässt auf Grund des § 51 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 und § 52 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Art. 2 G v. 15.11.2014 BGBl. I S. 3154 i. V. m. Art. 31 Abs. 2 und Art. 63 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 25.02.2010 (GVBl. S. 66, ber. S. 130, BayRS 753-1-UG), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 363 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286) folgende **Verordnung**

Siehe Anlage 8

**Vollzug der Wassergesetze
(Wasserhaushaltsgesetz –
WHG, Bayerisches Wasserge-
setz –BayWG);**

Verordnung zur Änderung der Verord-
nung zur Sicherung der öffentlichen
Wasserversorgung des Ortsteils Streit-
heim des Marktes Zusmarshausen vom
16.04.2015

Das Landratsamt Augsburg erlässt auf
Grund des § 51 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2
und § 52 des Wasserhaushaltsgeset-
zes (WHG) i. d. F. der Bekanntma-
chung vom 31.07.2009 (BGBl. I S.
2585), zuletzt geändert durch Art. 2 G
v. 15.11.2014 BGBl. I S. 3154 i. V. m.
Art. 31 Abs. 2 und Art. 63 des Bayer.
Wassergesetzes (BayWG) i. d. F. der
Bekanntmachung vom 25.02.2010
(GVBl. S. 66, ber. S. 130, BayRS 753-
1-UG), zuletzt geändert durch § 1 Nr.
363 der Verordnung vom 22. Juli 2014
(GVBl. S. 286) folgende **Verordnung**

Siehe Anlage 9

Augsburg, 16.04.2015

**Vollzug der Wassergesetze
(Wasserhaushaltsgesetz –
WHG, Bayerisches Wasserge-
setz –BayWG)**

Verordnung zur Änderung der Verord-
nung zur Festsetzung des Wasser-
schutzgebietes für die öffentliche Was-
serversorgung der Gemeinde Döps-
hofen vom **16.04.2015**

Das Landratsamt Augsburg erlässt auf
Grund des § 51 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2
und § 52 des Wasserhaushaltsgeset-
zes (WHG) i. d. F. der Bekanntma-
chung vom 31.07.2009 (BGBl. I S.
2585), zuletzt geändert durch Art. 2 G
v. 15.11.2014 BGBl. I S. 3154 i. V. m.
Art. 31 Abs. 2 und Art. 63 des Bayer.
Wassergesetzes (BayWG) i. d. F. der
Bekanntmachung vom 25.02.2010
(GVBl. S. 66, ber. S. 130, BayRS 753-
1-UG), zuletzt geändert durch § 1 Nr.
363 der Verordnung vom 22. Juli 2014
(GVBl. S. 286) folgende **Verordnung**

Augsburg, 16.04.2015

**Vollzug der Wassergesetze
(Wasserhaushaltsgesetz –
WHG, Bayerisches Wasserge-
setz – BayWG);**

Verordnung zur Änderung der Ver-
ordnung des Landratsamtes Augsburg
zur Festsetzung des Wasserschutzge-
bietes zur Sicherung der öffentlichen
Wasserversorgung der Gemeinde
Adelsried vom **16.04.2015**

Das Landratsamt Augsburg erlässt auf
Grund des § 51 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2
und § 52 des Wasserhaushaltsgeset-
zes (WHG) i. d. F. der Bekanntma-
chung vom 31.07.2009 (BGBl. I S.
2585), zuletzt geändert durch Art. 2 G
v. 15.11.2014 BGBl. I S. 3154 i. V. m.
Art. 31 Abs. 2 und Art. 63 des Bayer.
Wassergesetzes (BayWG) i. d. F. der
Bekanntmachung vom 25.02.2010
(GVBl. S. 66, ber. S. 130, BayRS 753-
1-UG), zuletzt geändert durch § 1 Nr.
363 der Verordnung vom 22. Juli 2014
(GVBl. S. 286) folgende **Verordnung**

Siehe Anlage 11

Augsburg, 16.04.2015

**Bekanntmachung der Haus-
haltssatzung des Schulver-
bandes Ustersbach
Landkreis Augsburg, für das
Haushaltsjahr 2015**

- I. Siehe Anlage 12
- II. Das Landratsamt Augsburg hat
als Rechtsaufsichtsbehörde
gem. Art. 9 Abs. 9 BaySchFG
i.V.m. Art. 40 Abs. 1 KommZG
sowie Art. 117, 110 GO die
Haushaltssatzung mit Schrei-
ben vom 25.3.2015 genehmigt
bzw. gewürdigt.
Der Haushaltsplan liegt vom
Tage der Bekanntmachung an
eine Woche lang in der Ge-
schäftsstelle der Verwaltung-
sgemeinschaft Gessertshausen,
Hauptstraße 31, 86459 Ges-
sertshausen innerhalb der all-

Augsburg, 17.04.2015

**Kreissparkasse Augsburg,
Kraftloserklärung von Spar-
kassenbüchern**

Die Sparkassenbücher Nr.
3501327336 und Nr. 3593052677 der
Kreissparkasse Augsburg wurde mit
Vorstandsbeschluss vom 16.04.2015
für kraftlos erklärt.

Augsburg, 17.04.2015

Martin Sailer
Landrat

Anlage 9

Vollzug der Wassergesetze (Wasserhaushaltsgesetz –WHG, Bayerisches Wassergesetz –BayWG);
Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung des Ortsteils
Streitheim des Marktes Zusmarshausen

vom **16.04.2015**

Das Landratsamt Augsburg erlässt auf Grund des § 51 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 und § 52 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Art. 2 G v. 15.11.2014 BGBl. I S. 3154 i. V. m. Art. 31 Abs. 2 und Art. 63 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 25.02.2010 (GVBl. S. 66, ber. S. 130, BayRS 753-1-UG), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 363 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286) folgende

Verordnung

§ 1

Die „Verordnung des Landratsamtes Augsburg über die Reinhaltung des für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Streitheim bestimmten Wassers“ vom 11.03.1964, geändert mit Verordnung des Landratsamtes Augsburg vom 24.05.1983, berichtigt 31.05.1983, wird wie folgt geändert:

§ 3 Abs. 1 Ziff. 1.1 erhält folgende neue Fassung:

	im Fassungsbereich	in der engeren Schutzzone	in der weiteren Schutzzone
entspricht Zone	I	II	III
<u>Land- und forstwirtschaftliche Nutzungen, Gartenbau</u> 1.1 Düngen mit Gülle, Jauche, Festmist, Gärsubstrate aus Biogasanlagen und Festmistkompost	verboten		nur zulässig, wenn die Düngung in zeit- und bedarfsgerechten Gaben erfolgt, insbesondere nicht <ul style="list-style-type: none">- auf abgeernteten Flächen ohne unmittelbar folgenden Zwischen- oder Hauptfruchtanbau,- auf Grünland, unter Beachtung der zeitlichen Begrenzung nach der Düngeverordnung (ausgenommen Festmist)- auf Ackerland, unter Beachtung der zeitlichen Begrenzung nach der Düngeverordnung (ausgenommen Festmist)- auf Brachland

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Augsburg in Kraft.

Augsburg, 16.04.2015
Landratsamt Augsburg

Martin Sailer
Landrat